

Erſcheint
wöchentlich, dreimal:
Dienſtag, Donnerſtag
und Samſtag.

Volkshlatt

Vierteljährlicher Preis
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 Sgr.; für Aus-
wärtige portofrei
12 1/2 Sgr.

Alle Poſtämter nehmen
Beſtellungen darauf an.

für
Stadt und Land.

Infertionsgebühren.
für die Zeile 1 Silberggr.

N: 142.

Paderborn, 27. November

1849.

Uebersicht.

Correspondenz des Abgeordneten Herrn Heſſe.
Deutschland. Berlin. (Der Tag des Zusammentritts des Reichstags; Telegraphische Depesche); Künstler (verweigerter Trauung); Schleswig-Holstein (die dänischen Friedensunterhandlungen); Weimar (die Abgeordneten des thüring'schen Landtags); Frankfurt (der General-Major Naumi; Erzherzog-Reichsverweser); Aus-Hohenzollern (über die Abtretung der Fürstenthümer); Karlsruhe (badiſche Truppen aus den Kaſematten zu Raſtatt entlaſſen); Raſtatt (öſtr. Truppen erwartet); München (v. d. Pforden); Wien (Abreise des Kaiſers; Telegraphiſche Depesche); Prag (Festungsbauten; die Cholera u.); Ungarn. Beſth (Theater); Frankreich. Paris (Vorſchlag der Nationalverſammlung zu einer allgemeinen Amneſtie u.); Schweiz. Bern (Eiſenbahnen); Italien. (Nachrichten aus Rom.); Rußland. (Schleichhandel; die Feſtung Iſſoch.)

Berlin, 21. November 1849.

In der geſtrigen Plenarſitzung der 2. Kammer iſt die „Unentgeltlichkeit des Schul-Unterrichts“ der Annahme der 1. Kammer entgegen ausgeſprochen. Meiner Auffaſſung nach iſt damit ein Grundsatz aufgeſtellt, der zu den bedenklichſten Folgen führen wird. Daß der Unterricht in den Elementarſchulen den Kindern unbemittelter Eltern unentgeltlich vertheilt werde, verſteht ſich von ſelbſt; eben ſo liegt es in der Natur der Sache ſelbſt, daß die Lehrer aus den Gemeindecassen mit einer angemessenen fixen Beſoldung bedacht werden müſſen, und daß da, wo die Mittel der Gemeinden nicht ausreichen, der Staat das Fehlende zu beſchaffen hat. In dieſer letzteren Beziehung war auch die Kammer einerlei Meinung. Durch den Beſchluß über gänzliche Aufhebung des Schulgeldes wird den Gemeinden die Pflicht auferlegt, alle Schulbedürfnisse und die ganze Beſoldung der Lehrer entweder durch eine beſondere Schulsteuer, als nach Maaßgabe der übrigen Communalsteuer aufzubringen; der Ausdruck „unentgeltlicher Unterricht“ iſt demnach eine leere Phraſe, ja eine offenbare Unwahrheit.

Man wendet hiergegen ein: daß bei der Erziehung der Jugend jeder Einwohner der Gemeinde, er möge Kinder haben, oder nicht, theilhaftig ſei; daß alſo ein gemeinſchaftliches Interesse vorwalte, wozu jeder ſeinen Beitrag leiſten müſſe. Auf den erſten Anblick ſcheint dieſe Behauptung richtig zu ſein; es entſtehen aber die Fragen:

1) Nach der Städte- und Landgemeinde-Ordnung kann nur dann erſt ein Deficit ausgeſchrieben werden, wenn alle anderen Einnahmequellen ſich zur Deckung der Communal-Bedürfnisse als unzureichend erwieſen haben. Das Schulgeld war aber eine auf das Herkommen fundamirte Abgabe, welche von den Bemittelten als eine Ehreſchuld gern bezahlt, wogegen ein Deficit in der Regel nur ungern aufgebracht wird.

2) Der den unmittelbaren Nutzen von einer Sache genießt, muß zunächſt auch für die damit verbundenen Koſten ſorgen; nur da wo dieſe herkömmlichen Koſten zur Befriedigung des Ganzen nicht ausreichen, muß die Geſellſchaft, d. h. die Gemeinde, und beziehungsweise der Staat, in Anſpruch genommen werden. Dieſer im Naturrechte begründete Grundsatz wird aber jetzt verläugnet.

3) An Fernhaltung der natürlichen Menſchenblättern hat die ganze Gemeinde ein Interesse, und doch müſſen die Vaccinationskoſten der Kinder von den zahlungsfähigen Eltern beſonders aufgebracht werden; wie räumt ſich dieſe beſondere Koſtenerhebung mit dem aufgehobenen Schulgelde zuſammen? und wie werden dieſen Eltern zufrieden geſtellt, welche bisher das Schulgeld bezahlt, und keine Kinder mehr in der Schule haben, und nun vermöge der Schulsteuer oder des vermehrten Communal-Deficits für andere zahlungsfähige Eltern die Laſt mit übernehmen ſollen?

4) In den meiſten großen Städten des Staats erreicht die Communalsteuer die Höhe der Staatssteuern, und geht ſogar oft über dieſe hinaus; dieſe Städte namentlich Berlin, Breslau u. können alſo ſofort den Beweis führen, daß ſie die Hülfe des Staats für ihre Schulbedürfnisse nothwendig bedürfen; dadurch werden nun große Summen erfordert, welche ſüglicher zur Verbesserung der Lehrerſtellen in den kleineren Städten und auf dem Lande hätten verwendet werden können.

Meiner Anſicht nach hätte daher das Schulgeld für vermögende Eltern fortbeſtehen, und nur das, was an der angemessenen Lehrer-Beſoldung noch fehlte, von den Gemeinden und event. vom Staate aufgebracht werden müſſen. Die Folgezeit wird lehren, wer Recht und Unrecht gehabt hat. In den kleineren Städten, wo die Genossen einer Confeſſion die kleine Minderheit bilden, werden die Conſtlicte nicht ausbleiben, welche durch die Aufforderungen an den Gemeindefackel entſtehen. Die Jſralitiſche Bevölkerung iſt durch die ausgeſprochene „Gewährleiſtung“ überall im entſchiedenen Vortheile. Ich gönne ihnen dieſe Vortheile, aber die Conſequenzenmacherei wird zu den größten Inſoquenzen führen.

Heſſe.

Deutschland.

Berlin, 21. Nov. Nach langen Verhandlungen iſt nunmehr auch der Tag für den Zusammentritt des Reichstages definitiv feſtgeſetzt worden. Es iſt, wie wir aus beſter Quelle vernehmen der 1. März k. J., an welchem die Eröffnung in Erfurt erfolgen ſoll. Die Wahlen werden, wie mehrfach erwähnt, am 31. Januar nach einem in dieſen Tagen zu publicirenden Wahlgeſetze im ganzen Lande Statt finden. Man hoſſe nunmehr, daß bis zu dem angegebenen Zeitpunkte die hieſigen Kammern, deren Vertagung wegen des abgelaufenen Wahlmandats der erſten Kammer ohnehin im Februar erfolgen muß, ihre wichtigſten Arbeiten werden erledigt haben. Dadurch erhalten dann die Mitglieder derſelben, ſo wie auch das Staatsminiſterium, zureichend Muße, um alle Kräfte auf die deutſchen Verhandlungen zu verwenden. Uebrigens hat es der dieſſeitigen Regierung, wie man hört, große Mühe gekoſtet, um den Verwaltungsrath dahin zu diſponiren, daß er Erfurt zum Sitz des Reichstages beſtimme.

Berlin, 23. Novemb. (Telegraphiſche Depesche der Kölner Zeitung.) So eben erfahre ich aus guter Quelle, daß Deſtreich vor einigen Tagen formellen Proteſt eingelegt hat gegen die Ausrufung des Parlaments und mit gewaltſamer Intervention drohet. Der Miniſter Rath hat darauf vorgestern dem Wahlgeſetze zum Parlamente die letzte Redaction für Preußen